

## **Niederschrift**

**über die Sitzung am Donnerstag, 13.06.2019,  
im St. Ludger Senioren- und Pflegezentrum Vreden,  
An't Lindeken 102, 48691 Vreden**

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Barbara Büscher

#### **Mitglieder:**

Bernadette Aehling	Borken
Arno Berning	Raesfeld
Annette Demes	Ahaus
Markus Krafczyk	Bocholt
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Ulrike Nitsch	Vreden
Stephanie Pohl	Gescher
Theo Sanders	Bocholt
Birgit Schlautmann	Velen
Martina Schrage	Legden
Marco van den Berg	Bocholt
Christel Wegmann	Rhede
Nicole Weidemann	Vreden
Gertrud Welper	Vreden

bis 18:15 Uhr anwesend

#### **Vertreter/innen der Verwaltung:**

Dr. Ansgar Hörster  
Karin Ostendorff  
Annette Scherwinski  
Ruth Weddeling  
Susanne Lökes  
Christian Tewiele  
Matthias Krügel  
Angela Kreyerhoff

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Büscher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, besonders Herrn Mike Saalman, Hausleitung des St. Ludger Senioren- und Pflegezentrums Vreden, in welchem die Sitzung stattfindet.

Herr Saalman begrüßt seinerseits die Erschienenen und stellt die neue Pflegeeinrichtung in einem kurzen Vortrag vor.

Frau Büscher stellt im Anschluss fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Welper merkt zur Tagesordnung der heutigen Sitzung an, dass die Anfrage des Bündnis 90/Die Grünen, welche unter TOP 8 vorgesehen ist, auch unter TOP 5 beantwortet werden könne. Kreisdirektor Dr. Hörster erläutert die Gründe für die separate Nennung der Themen an zwei Stellen in der Tagesordnung. Gegen die gemeinsame Beratung der Fragen rund um das Thema „BTHG“ werden keine Bedenken geltend gemacht.

Sonstige Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Sachstandsbericht der Verbraucherzentrale NRW Vorlage: 0141/2019/KREIS**

---

Frau Liening und Frau Hollands-Lohölter erläutern die Arbeit der Verbraucherzentrale im Kreisgebiet anhand der zuvor zur Verfügung gestellten Power Point Präsentation.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Punkt 2: Jahresberichte „Soziales 2018“ und „SGB II 2018“ Vorlage: 0140/2019/KREIS**

---

Frau Ostendorff leitet ein, dass die Jahresberichte „Soziales“ und „SGB II“ für das Jahr 2018 vorlägen und sehr informativ über die jeweiligen Aufgaben und finanziellen Aufwendungen berichteten. Fragen zu den Inhalten seien jederzeit möglich.

Frau Pohl meldet zurück, dass aufgrund der ausführlichen Berichterstattung keine Fragen offen seien, möchte aber ihren Dank an die Beschäftigten in den Jobcentern und Sozialämtern aussprechen, deren Arbeit in den Berichten abgebildet werde.

a) Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht Soziales 2018 zur Kenntnis.

b) Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht SGB II 2018 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Tätigkeitsbericht der zuständigen WTG-Behörde (Heimaufsicht) für die Jahre 2017 und 2018**  
**Vorlage: 0142/2019/KREIS**

---

Frau Weddeling erläutert den Bericht der WTG-Behörde anhand der Sitzungsvorlage. Wesentlich sei, dass alle vorgeschriebenen Prüfintervalle zu 100 % erfüllt werden konnten und die Qualität der Einrichtungen im Kreis Borken überwiegend sehr gut sei. Konkret äußert sie sich zu einem Fall aus der jüngeren Vergangenheit, in welchem eine ältere Dame das Pflegeheim verlassen habe und später tot aufgefunden worden sei. Über diesen Fall habe die Presse berichtet. Frau Weddeling betont, dass die betroffene Pflegeeinrichtung sich in diesem Zusammenhang richtig verhalten habe und das eigenmächtige Verlassen der Einrichtung durch die Dame nicht hätte verhindern können.

Frau Weddeling geht weiter auf einige Änderungen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) ein. Beispielhaft nennt sie die Verpflichtung der Einrichtungen, WLAN sowie Raucherräume bereitzustellen, sofern das Rauchen auf den Zimmern nicht gestattet sei. Außerdem könnten neue Einrichtungen mehr vollstationäre Pflegeplätze anbieten, wenn gleichzeitig auch mehr Plätze für die solitäre Kurzzeitpflege geschaffen würden. Auf Rückfrage von Frau Pohl erklärt Frau Weddeling, dass derzeit dem Kreis Borken noch keine Überlegungen von Trägern zur Schaffung von neuen Plätzen bekannt sei, hierfür aber durchaus seitens der Verwaltung gewonnen werde.

Frau Welper erkundigt sich nach der Zahl der Pflegeplätze, welche durch die Einrichtungen aufgrund von Personalmangel nicht belegt würden. Genaue Zahlen hierzu kann Frau Weddeling nicht nennen, es handele sich jedoch um einzelne wenige Einrichtungen, die freie Plätze nicht belegten, um eine gute Versorgung für die Bewohner/-innen zu gewährleisten. Insgesamt sei zu beobachten, dass Träger inzwischen untereinander das Fachpersonal abwerben.

Auf die Anmerkung von Frau Weidemann, dass Tagespflegeeinrichtungen über Schwierigkeiten bei der Aus- und Weiterbildung von Personal berichteten, erklärt Frau Weddeling, dass dies der WTG Behörde nicht bekannt sei. Dieses Thema werde man im Nachgang der Sitzung intern weiter erörtern.

Frau Büscher erkundigt sich nach dem Arbeitsaufwand, der dem Pflegepersonal durch die hohen Anforderungen an die Dokumentation entstehe. Frau Weddeling erklärt, dass es hierbei auf gut geschultes Personal ankomme und dadurch der Aufwand der Dokumentation sogar geringer würde.

Frau Pohl merkt an, dass der Bericht insgesamt ein positives Ergebnis zeige und dieser öffentlich gemacht werden solle. Sie lobt, dass die WTG-Behörde sehr kooperativ mit den Einrichtungen zusammenarbeite.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, dass sich die Bewohner/-innen und deren Angehörige auf die WTG-Behörde als prüfende Instanz verlassen und dass bei den regelmäßigen Prüfungen der Einrichtungen im Kreisgebiet eine hohe Qualität vorgefunden werde. Zwar seien die Kosten für die Bewohner/-innen im Kreis Borken vergleichsweise hoch, jedoch erfolge eine Bezahlung nach Tarif und es herrsche eine über das gesetzliche Maß hinaus gehende Fachkraftquote. Außerdem sei allen Beschwerden nachgegangen worden.

Herr van den Berg fragt, ob häufig Konsequenzen gezogen würden, wenn die Fachkraftquote teilweise vorübergehend nicht erfüllt werde. Frau Weddeling erklärt, dass möglichst wenig mit Ordnungsverfügungen gearbeitet würde, sondern in konkreten Fällen zunächst der persönliche Kontakt gesucht und Gespräche geführt werden. In der Vergangenheit konnten mit dieser Vorgehensweise sehr gute Erfahrungen gemacht und Probleme einvernehmlich beseitigt werden.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Tätigkeitsbericht der zuständigen WTG-Behörde für die Jahre 2017 und 2018 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**  
**Vorlage: 0139/2019/KREIS**

---

Frau Lökes berichtet anhand der Sitzungsvorlage zum Stand der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Im Besonderen werden in der Anlage zur Vorlage die vielfältigen Maßnahmen und Aktivitäten für Menschen mit Fluchthintergrund im SGB II konkret vorgestellt.

Beispielsweise würden junge Geflüchtete durch die Maßnahme „Flüchtlinge in Ausbildung“ besonders intensiv unterstützt. Außerdem habe die Maßnahme einen Evaluationsfaktor, da hierdurch Informationen über die Themen und Probleme der beteiligten Akteure gewonnen und so die Angebote optimiert werden könnten.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, dass das Ziel der Maßnahmen sei, eine große Vielfalt und Flexibilität bei der Unterstützung der Flüchtlinge anbieten zu können. Es werde mit viel Dynamik und Leidenschaft auf die konkreten Anforderungen und Zielgruppen eingegangen und vor allem das Ziel der Ausbildung junger Geflüchteter durch eine intensive Begleitung verfolgt. Insgesamt seien dadurch hohe Vermittlungsquoten zu verzeichnen.

Frau Pohl lobt, dass neben der Begleitung in berufsspezifischen Fähigkeiten auch die sozialpädagogische Begleitung der jungen Geflüchteten erfolge und dass im Bedarfsfall in einigen Maßnahmen eine internatsmäßige Unterbringung und damit intensive Betreuung möglich sei.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zur Kenntnis.

**Punkt 5: Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum 01.01.2020**  
**Vorlage: 0130/2019/KREIS**

---

Frau Ostendorff stellt anhand der Vorlage die Auswirkungen des BTHG zusammenfassend dar. Insgesamt hält sie fest, dass die neue Regelung sehr komplex und die Änderung der Zuständigkeiten relativ kompliziert seien. Die betroffenen Personen in besonderen Wohnformen müssten zukünftig bei den zuständigen Stellen ergänzend existenzsichernde Leistungen beantragen. Dies bedeute für alle beteiligten Akteure einen deutlich höheren Verwaltungsaufwand, da die Leistungen bisher von einer Stelle gezahlt worden seien. Derzeit finde eine intensive Vernetzung aller Beteiligten statt, damit zum 01.01.2020 alle Leistungsberechtigten die ihnen zustehenden Leistungen erhalten.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, dass der Bericht ehrlich aufzeigen sollte, was von der Gesetzesänderung bei den Betroffenen ankomme und wie hoch der Verwaltungsaufwand zukünftig sein werde.

Frau Welper trägt vor, dass das Ziel sein müsse, dass bei den beteiligten Menschen alles möglichst reibungslos weiter laufen könne wie bisher. Sie gibt zu bedenken, dass weiterhin Fragen zur Finanzierung sowie die Auswirkungen auf die Landschaftsumlage noch offen seien.

Frau Pohl äußert, dass die betroffenen Menschen in den besonderen Wohnformen nichts von der Änderung hätten, sondern diese dazu führe, dass ehrenamtliche Betreuer ihre Tätigkeit aufgäben, weil der Verwaltungsaufwand zu hoch würde.

Frau Lindenhahn regt an, den mit der Änderung einhergehenden hohen Verwaltungsaufwand nach Berlin zu melden.

Frau Schlautmann und Frau Nitsch äußern den übereinstimmenden Eindruck, dass die Betreuer mit dem neuen Antragsverfahren überfordert seien. Dies würde dazu führen, dass

diese ihre Ämter niederlegen würden. Frau Ostendorff erklärt, dass die Betreuer postalisch ausführlich über die notwendigen Anträge zum 01.01.2020 informiert und auf die zuständigen Stellen hingewiesen würden. Auf die Frage von Frau Welper, ob es einen konkreten „Fahrplan“ für das weitere Vorgehen gebe, erklärt Frau Ostendorff, dass die erforderlichen Schritte und der Abstimmungsbedarf zwischen den beteiligten Akteuren genau geplant seien und beispielsweise Probeläufe für die Auszahlungen stattfinden würden.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, dass Verschiebungen im Zeitplan, die nicht vom Kreis zu vertreten seien, für die Umsetzung des Gesamtprojekts zusätzliche Herausforderungen darstellen, die es zu bewältigen gebe.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

---

**Punkt 6: Internet-Auftritt "Pflege"**  
**Umsetzung der Handlungsempfehlungen der 1. Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung 2017 - Neugestaltung des Internetauftritts des Kreises Borken zum Thema Pflege**  
**Vorlage: 0151/2019/KREIS**

---

Herr Tewiele erläutert zur Einführung, dass der neue Wegweiser für das Leben im Alter bereits erschienen sei und nun auch ein neuer Internetauftritt „Pflege“ entwickelt wurde. Dieser sei seit dem 13.06.2019 online. Herr Tewiele stellt die Seiten mittels Beamer vor und präsentiert einige Funktionen und Inhalte des Internetauftritts. Auf die Frage von Frau Schlautmann, ob auch ersichtlich sei, wie viele Pflegeplätze frei seien, erklärt Herr Tewiele, dass es eine Verlinkung zu dem entsprechenden Portal des Landes geben werde, sobald dieses online sei. Er bittet außerdem um Anregungen und Kritik, um die Seite stetig zu optimieren. Diese seien an die Email-Adresse [internet-pflege@kreis-borken.de](mailto:internet-pflege@kreis-borken.de) zu richten.

Frau Weidemann schlägt vor, auf der Seite einige Übungen für Gehirn- bzw. Gedächtnisstraining zu platzieren. Frau Pohl regt eine Verlinkung zu Ansprechpersonen zur Pflege bei Behinderung an. Herr van den Berg schlägt Hinweise bzw. eine Weiterleitung zum Thema Ausbildung in der Pflege vor, da die Internetadresse [www.pflege-kreis-borken.de](http://www.pflege-kreis-borken.de) prägnant sei.

Frau Büscher erkundigt sich, ob die Zahl der Aufrufe gezählt würde. Diesbezüglich werde laut Herrn Tewiele eine interne Klärung erfolgen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ausführungen zur Neugestaltung des Internetauftritts des Kreises Borken zum Thema Pflege zur Kenntnis.

---

**Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 7.1: Sachstand Pflegehelfer**

---

Frau Weddeling berichtet, dass die gesetzliche Grundlage für die Ausbildung der Pflegehelfer noch immer unklar sei.

**Punkt 7.2: Selbsthilfeflyer**

---

Frau Scherwinski informiert, dass der neue Selbsthilfeflyer erstellt wurde und zur Mitnahme bereit liegt.

**Punkt 7.3: Vorgehensweise Masern**

---

Frau Scherwinski berichtet über die Verdachtsmeldung auf Masern, welche am 17.05.2019 beim Gesundheitsamt des Kreises Borken eingegangen war. Der betroffene Patient sei auf die Isolierstation eines Krankenhauses verlegt und die Diagnostik durchgeführt worden. Die Schulen und Kindergärten, die die Kinder der Familie besuchten, seien unverzüglich informiert worden. Diese hätten die Anweisung erhalten, dass am darauffolgenden Montag nur Kinder mit zwei Masernimpfungen am Unterricht teilnehmen dürften. Diese Vorgehensweise habe sehr gut funktioniert. Es war eine Pressemitteilung herausgegeben worden, da die Erkrankung nach einer zunächst anderen Diagnose relativ spät erkannt worden war. Ein Folgefall wurde nicht bekannt.

Die Impfquote im Kreis Borken und auch für die Stadt Bocholt liegt bei 95,2% und bietet somit einen sogenannten Herdenschutz für immungeschwächte Kinder, die nicht gegen Masern geimpft werden können.

**Punkt 8: Anfragen**

---

**Punkt 8.1: Hausärzteversorgung im Westmünsterland; Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 30.01.2019  
Vorlage: 0127/2019/KREIS**

---

Die Antwort der Verwaltung ist der Sitzungsvorlage beigelegt.

**Punkt 8.2: Zuständigkeitswechsel bei existenzsichernden Leistungen;  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 04.04.2019  
Vorlage: 0087/2019/KREIS**

---

Die Anfrage wurde unter Tagesordnungspunkt 5 ausführlich beantwortet.

**Ende des öffentlichen Teils**

**B. Nichtöffentlicher Teil****Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Es gibt keine Mitteilungen.

**Punkt 10: Anfragen**

---

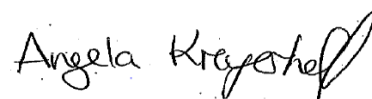
Es gibt keine Anfragen.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung.



---

Barbara Büscher  
Vorsitzende



---

Angela Kreyerhoff  
Schriftführung